

WIR SIND DIE ZUKUNFT



Newsletter Nr. 10/2023 „Wir sind die Zukunft“
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
www.wir-sind-die-zukunft.net

INHALT

- **Infos aus dem KJHA vom 07.11.2023**
- **Gönn dir Medienbildung – Stadtratshearing Medienkompetenz**
- **Kunst und Spiel für Alle**
- **#dasistmirwichtig**
- **Deutscher Kinder- und Jugendpreis**
- **Queere Jugendmedienarbeit**
- **Veranstaltungstipps**
- **Die nächste Ausgabe**
- **Impressum und Datenschutz**

INFOS AUS DEM KJHA VOM 07.11.2023

**Sitzung Kommunalausschuss zusammen mit dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss
und dem Sozialausschuss**

TOP 1 – Errichtung von Räumen für eine Offene Einrichtung für Kinder und Jugendliche bis 14 Jahren und einen Nachbarschaftstreff Erika-Mann-Straße 3. Stadtbezirk Maxvorstadt

ohne Aufruf einstimmig angenommen

Sitzung Kommunalausschuss zusammen mit dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss

TOP 1 – Generalsanierung offene Einrichtung für Jugendliche "Freizeittreff Au“, Kegelhof 8, 81669 München 5. Stadtbezirk Au-Haidhausen

ohne Aufruf einstimmig angenommen

Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss zusammen mit dem Sozialausschuss

TOP 1 – Fortschreibung Personalbedarfsermittlung für die Psychologischen Dienste in den Sozialbürgerhäusern und im Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration (S-III-WP/OP) – Fristverlängerung

ohne Aufruf einstimmig angenommen

TOP 2 – Förderung freier Träger der Wohlfahrtspflege, zusätzlicher Förderbedarf im Sozialreferat/Stadtjugendamt Ausgleich von Mietkostensteigerungen bei den freien Trägern der Wohlfahrtspflege des Sozialreferates/Stadtjugendamtes, Ausgleich von Eigenmittelreduzierungen bei den freien Trägern der Wohlfahrtspflege des Sozialreferates/Stadtjugendamtes

Michaela Fischer (Caritas) dankte für die Vorlage und die Zusage einer Erhöhung von 3 Mio. für die Förderung freier Träger. Diese Erhöhung wurde bereits im Eckdatenbeschluss abgestimmt. Die Erhöhung des Förderbetrags soll für die Erstattung von Mietkostensteigerungen verwendet werden. Mit dem vorgelegten Änderungsantrag von ARGE Freie, KJR und Münchner Trichter soll darüber hinaus erreicht werden, diese Mittel auch variabel für den Ausgleich eines erhöhten Eigenmittelteils bei den Trägern verwenden zu können. Das Jugendamt solle dazu die Beschlussvorlage entsprechend anpassen.

Für StRin Lena Odell (SPD/Volt) war es ein gutes Signal, dass nun 3 Mio. Euro zur Verfügung stehen, die anstehende Mietkostensteigerungen auffangen. Eine weitere Flexibilisierung der abrufbaren Mittel sah sie nicht, weil es bislang ohnehin schon üblich ist, dass Träger, die in finanzielle Notlagen geraten, in bilateralen Austausch mit dem Sozialreferenten treten können.

Dazu merkte StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) an, dass die städtischen Unternehmen GEWOFAG und GWG auch auf Mietpreisanpassungen verzichten könnten. Ihre Fraktion wolle den Änderungsantrag mittragen.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) stellte klar, dass die 3 Mio. Euro keine Mittel seien, die „zufällig“ im Haushalt gefunden wurden, sondern Ausdruck einer Prioritätensetzung der Politik wären. Mit dem Ergänzungsantrag würden sich die Verwaltungsprozesse im Referat beschleunigen, wenn dort die Mittel fachlich eigenständig vergeben werden könnten.

Diesen Ansatz unterstrich auch Michaela Fischer (Caritas) ein weiteres Mal. Es gehe ihr darum, mehr Spielräume in der eigenständigen Mittelvergabe durch das Sozialreferat zu schaffen. So könne man beispielsweise die Erziehungsberatungsstellen nicht nur im Bereich Mietkostensteigerung entlasten, sondern auch bei der Höhe der Eigenmittel.

Julia Sterzer (AWO) betonte, dass die freien Träger die zusätzlichen 3 Mio. Euro sehr zu schätzen wüssten. Die Träger verbinden mit dem Antrag keine Forderung nach mehr Geld, sondern lediglich nach mehr Flexibilität. Bei der Erhöhung des Eigenmittelanteils könnten andernfalls negative Auswirkungen auf die personelle Ausstattung zu befürchten sein, indem Stunden in Einrichtungen reduziert werden müssen.

Stefan Eckhardt (Stadtdirektor Sozialreferat) erläuterte, dass die Höhe der zu erwartenden Mietsteigerungen noch nicht absehbar sei. Derzeit liegt die Antragslage bei 2,3 Mio. Euro. Man habe einen Puffer eingeplant, um alle diesbezüglichen Anpassungen abfangen zu können. Es blieben deshalb keine Spielräume für andere Bereiche, die zu finanzieren seien.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) warb für den Ergänzungsantrag, weil er ihrer Meinung nach zu einer Entbürokratisierung führen könne. Man könne sich auf die Fachlichkeit der Fachsteuerungen in der Verwaltung und bei den freien Trägern verlassen, die die Mittel nach fachlichen angemessenen Kriterien einsetzen würden – auch für den Ausgleich der Eigenmittel.

Dem entgegnete StRin Lena Odell (SPD/Volt), dass die 3 Mio. Euro prioritär für den Ausgleich von Mietsteigerungen vorgesehen seien; das hatte auch die Kämmerei ausdrücklich formuliert. Eine Einzelfallprüfung in Notsituationen bleibe davon unberührt.

Dem widersprach StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei). Die Kämmerei könne keine inhaltlichen Vorgaben zur Verwendung der Mittel machen – das bleibe der Politik vorbehalten. Er plädierte ebenfalls für eine eigenständige Verwendung der Mittel im Zusammenspiel zwischen freien Trägern und Sozialreferat.

Karin Majewski (Paritätischer) bekräftigte ebenfalls, dass es den freien Trägern mehr Flexibilität bieten würde, wenn sie mit der Verwaltung direkt besprechen könnten, wo die Mittel Verwendung finden sollen.

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) schloss sich der Argumentation von StRin Lena Odell (SPD/Volt) an und kündigte an, dass ihre Fraktion den Ergänzungsantrag ablehnen werde. Sie vertraue darauf, dass man weiter in direkten Gesprächen zwischen Trägern und Politik Lösungen finden werde.

Dazu erklärte Michaela Fischer (Caritas), dass die freien Träger ihre Bedarfe zwei Jahre im Voraus ermitteln müssten, die Bedarfe könnten immer wieder angepasst werden. Dennoch seien Mietkostensteigerungen nicht immer vorhersehbar. Insofern sei eine Flexibilisierung der Mittelvergabe im Rahmen von Projekten, für die eine gesetzliche Verpflichtung zur Umsetzung besteht, sinnvoll und effektiv. Mit dem Antrag solle der politische Wille, wonach freie Träger bei der Miete entlastet werden sollen, auch auf die Höhe der Eigenmittel ausgeweitet werden.

Stefan Eckhardt (Stadtdirektor Sozialreferat) wiederholte, dass man derzeit bereits Mietkostensteigerungen von ca. 2,3 Mio. Euro fest einplane – der Rest der Mittel müsse als Puffer vorgehalten werden. Er stellte zudem klar, dass auch künftig nicht alle Bedarfe der Träger finanziert werden könnten.

Beschluss: Ergänzungsantrag ist im KJHA mit 22 zu 11 Stimmen mehrheitlich angenommen, im Sozialausschuss mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt.

Beschluss gesamt: mit Ergänzungsantrag der freien Träger, KJR und Münchner Trichter mehrheitlich angenommen

TOP 3 – Werbekampagne für den Sozial- und Erziehungsdienst

StRin Clara Nitsche (Die Grünen/Rosa Liste) wies erneut auf die Dringlichkeit der Personalgewinnung hin. Entsprechende Kampagnen des RBS oder des Gesundheitsreferats seien zu begrüßen. Sie wünschte sich, dass diese Kampagnen auch im KJHA vorgestellt werden.

Auch für StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) sind solche Kampagnen wichtig. Es müsse jedoch geklärt werden, ob man eine zentrale Kampagnensteuerung im Personal- und Organisationsreferat (POR) bündeln könne. Er fügte hinzu, dass man bei solchen Kampagnen immer auch Menschen mit Migrationsbiografien im Blick haben müsse.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) wollte wissen wie viele Bewerbungen es für die dualen Studienplätze gab. Sie unterstrich, dass es darauf ankomme, sowohl die Bewerbungsverfahren zu beschleunigen als auch die gewonnenen Mitarbeiter*innen zu halten.

Einen gewissen Wildwuchs der Personalgewinnungs-Kampagnen bemerkte auch StRin Lena Odell (SPD/Volt). Zwar sei es gut, wenn künftig das POR alle diese Aktivitäten bündeln würde – im Fall der Kampagne für den Sozial- und Erziehungsdienst seien aber spezifische Anforderungen zu erfüllen, die im Referat selbst am besten umgesetzt werden könnten. Diesem Hinweis schloss sich auch StRin Clara Nitsche (Die Grünen/Rosa Liste) an.

Eine Vertreterin des Sozialreferats erklärte, dass man die Kampagnen des Referats gern im KJHA präsentieren werde. Zum Thema dual Studierende erläuterte sie, dass man mittelfristig 140 Stellen schaffen werde. Das Instrument habe sich als sehr attraktiv und wirkungsvoll erwiesen. Im Übrigen bestätigte sie ihre beiden Vorrednerinnen; das POR wäre mit der Spezifik des sozialen Bereichs in der Ausarbeitung der Kampagnen überfordert. Man wolle im Sozialreferat verstärkt auf die Netzwerke der Kolleg*innen setzen – und habe dabei auch die Beschleunigung der Verfahren immer im Blick. Aktuell würde man bereits auf Einstellungsuntersuchungen verzichten und die Ausschreibungen weite man auf neue Berufsfelder aus. Zudem werde man künftig die Social-Media-Kanäle intensiver befüllen.

Beschluss im KJHA einstimmig angenommen

Beschluss im Sozialausschuss einstimmig angenommen

Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss zusammen mit dem Verwaltungs- und Personalausschuss

TOP 1 – Umsetzung des Öffentlichkeitsbeteiligungs-Konzepts in der Landeshauptstadt München Einführung eines Einwohner*innen-Budgets

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) wies darauf hin, dass die Beschlussvorlage erneut viel zu spät versandt wurde. Man könne sich deshalb nicht ausreichend vorbereiten und sie wolle den TOP vertagen. Dagegen spräche jedoch, dass der KJHA vor der nächsten Vollversammlung nicht mehr mit dem Thema befasst werden könne.

Christian Müller (SPD/Volt, Sitzungsleitung) ergänzte, dass es den Stadtratsmitgliedern auch in der Vollversammlung freistehe, Anmerkungen zur Beschlussvorlage zu machen.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) begrüßte es, dass im jetzt laufenden Prozess deutlich mehr Bürgerbeteiligung und Partizipation möglich seien. Gleichzeitig bemängelte er, dass dieser Prozess sehr langsam voranschreite. Er fragte sich beispielsweise, warum so viele Stadtratsmitglieder in den neu eingerichteten Beiräten vertreten seien – eine Person pro Fraktion wäre völlig ausreichend.

StRin Sibylle Stöhr (Die Grünen/Rosa Liste) bestätigte, dass der Prozess sehr gut aufgesetzt ist und eben Zeit benötige. Man wolle ja möglichst viele Vertreter*innen der Zivilgesellschaft einbinden. Dabei gab sie zu bedenken, dass Strukturen geschaffen werden müssten, um diese Beteiligung zu ermöglichen. Insbesondere bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen müsse man neue Formate erproben.

StR Leo Agerer (CSU/Freie Wähler) rechnete vor, dass in den kommenden Jahren die Stadt alles dafür tun müsse, um den Schuldenberg abzutragen. Gleichzeitig wolle man nun neue Strukturen der Bürgerbeteiligung schaffen. Geplant seien dafür jährlich Ausgaben in Höhe von 1 Mio. Euro. Rechne man die Personal- und Veraltungskosten gegen, kommen man im zwei-jährigen Rhythmus der Mittelausgabe auf lediglich 500.000 Euro, die an konkrete Projekte vergeben werden könnten – also nur ein Viertel des Budgets. Dem gegenüber stünden bereits etablierte Strukturen – beispielsweise die Bezirksausschüsse. Es sei deshalb sinnvoller, das zusätzliche Geld direkt in die BAs zu investieren. Diese könnten sich dann u.a. zu stadtweiten Projekten vernetzen, um so die Fördersumme zu erhöhen und eine stadtweite Wirksamkeit herzustellen.

StRin Lena Odell (SPD/Volt) betonte derweil, dass ihr insbesondere die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen am Herzen liege.

Auch StRin Gabriele Neff (FDP/Bayernpartei) erklärte, dass es allen Menschen in München offenstehe, sich auf einen Platz in den Beiräten zu bewerben. Die Frage sei jedoch, ob die Bürger*innen überhaupt wüssten, dass es neue Strukturen der Beteiligung gäbe und dass man mitarbeiten könne. Sie plädierte ebenfalls dafür, keine neuen Strukturen zu schaffen, sondern die bewährten BAs besser auszustatten.

Alexander Löher (StadtschülerInnenvertretung München) argumentierte, dass sich junge Menschen in der Stadt nach wie vor mit ihren Problemen nicht ernst genommen fühlen. Das würde mittelfristig zu Politikverdrossenheit führen. Die Strukturen der Jugendarbeit müssten deshalb ausgebaut und gefestigt werden.

Oscar Thomas-Olalde (Münchner Trichter) bedankte sich im Namen des Münchner Trichters und des KJR München-Stadt beim Direktorium für die Berücksichtigung der Fragen und Änderungsvorschläge bei der Erstellung der Vorlage. Er begrüßte vor allem gute Ansätze wie Mehrsprachigkeit und Feedbackschleifen im Konzept – wies aber gleichzeitig darauf hin, dass Partizipation ein anspruchsvoller und langwieriger Prozess sei, bei dem auch neue Formate erprobt werden müssten.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) griff noch einmal die Statements von Leo Agerer und Gabriele Neff auf. Man müsse sich ernsthaft fragen, welche Mittel über die neuen Strukturen tatsächlich an der Basis ankämen. Sie unterstütze deshalb auch den Vorschlag, das Budget in die Bezirksausschüsse zu geben, Für andere bestehende Formate wie das Kinder- und Jugendforum wünschte sie sich wesentlich schnellere Bearbeitungszeiten der Anträge von Kindern und Jugendlichen.

Dem widersprach StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) und bemängelte, dass man zu sehr in eingefahrenen Strukturen verharren würde. Im nationalen und internationalen Vergleich liege München weit zurück im Bereich der Partizipation. Das müsse sich ändern, um demokratische Strukturen zu festigen. Deshalb müssen auch neue Formate erprobt werden.

StRin Lena Odell (SPD/Volt) zeigte sich betroffen, dass die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen so negativ im KJHA beschrieben würden. Dabei sei schon viel erreicht worden.

Daraufhin ergriff StR Leo Agerer (CSU/Freie Wähler) noch einmal das Wort. Das geplante Einwohner*innenbudget werde keine stadtweiten Projekte ermöglichen – eine gemeinsame Antragstellung verschiedener BAs hingegen schon. Die derzeit etwa 700 BA-Mitglieder seien Beweis, dass Partizipation möglich und erfolgreich ist. Man könne sich zudem vorstellen, dass innerhalb der BA-Budgets kleinere Teilbudgets für Kinder und Jugendliche reserviert werden.

Beschluss: Änderungsantrag CSU/Freie Wähler (Vertagung einer KJHA-Befassung), KJHA = mehrheitlich abgelehnt, Verwaltungs- und Planungsausschuss = mehrheitlich abgelehnt (Antrag wurde in beiden Ausschüssen behandelt)

Beschluss gesamt: in beiden Ausschüssen angenommen

Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss

TOP 1 – Wissenschaftliche Begleitung – Kooperative Ganztagsbildung, Geplante Beauftragung des Deutschen Jugendinstituts (DJI), Befassung des Stadtrates gemäß § 22 Nr. 3a der Geschäftsordnung des Stadtrats der Landeshauptstadt München

Elisabeth Hagl (Münchner Trichter) erklärte, dass die umfassenden Ganztagsangebote wie die Kooperative Ganztagsbildung (KoGa) zunehmend zur zweiten Sozialisationsinstanz neben der Familie werden und es deshalb wichtig ist, dass dieser Entwicklung viel Aufmerksamkeit geschenkt wird. Sie freute sich in diesem Zusammenhang über das Konzept der geplanten Evaluation durch das DJI, weil dabei relevante Themen wie Inklusion und Sozialraum betrachtet

und die Kinder befragt werden. Sie verwies gleichzeitig auf das Problem unterschiedlicher Begrifflichkeiten. Sie befürchtet, dass das RBS beispielsweise andere Zielsetzungen in Bezug auf den Sozialraum im Blick habe, als die freien Träger. Sozialraum würde aus ihrer Sicht u.a. nicht bedeuten, z. B. Jugendsozialarbeit als Einzelfallhilfen zu subsumieren oder das Zusammenspiel Kinder- und Jugendhilfe und Schule in ihren unterschiedlichen Systemen zu betrachten. Öffnung in den Sozialraum bedeutet vor allem, dass die Kinder aus eigenem und individuellem Interesse, während ihrer Ganztagsbetreuung an Angeboten außerhalb der Schule teilnehmen können. In der Kinderbefragung sei es sehr wichtig, die Kinder nicht nur zu den ihnen bekannten Angeboten im KoGa zu befragen, sondern sie auch nach ihren Träumen und Bedürfnissen in der Gestaltung ihres Aufwachsens zu befragen (z. B. Was sind für dich gelungene Ferien? Wann und wie kannst du deinen Alltag selbst gestalten? Wo entspannst du dich?). Dass diese große, gemeinsame Aufgabe, trotz aller Offenheit und Kommunikation des RBS, federführend alleine aus dem RBS heraus gesteuert wird, zeigt den dringenden Bedarf einer Fach Arge Kooperativer Ganztage, welche in geteilter Verantwortung zwischen RBS und Sozialreferat geleitet wird, im Sinne eines mehr denn je benötigten ganzheitlichen Bildungsbedarfs unserer Kinder.

Den Vorschlägen stimmte Peter Scheifele (Stadtdirektor, Sozialreferat) unmittelbar zu und bedankt sich für die Anregung. Das DJI werde dafür ebenfalls offen sein.

Beschluss einstimmig angenommen

TOP 2 – Berichterstattung über den Umsetzungsstand der Leitlinien für die Arbeit mit LGBT*-Kindern, -Jugendlichen und jungen Erwachsenen als Bestandteil des Kommunalen Kinder- und Jugendhilfeplans der Landeshauptstadt München

StRin Babara Likus (SPD/Volt) bedankte sich für die Vorlage und formulierte mehrere Fragen, die für sie noch offen wären. U.a. wollte sie wissen, ob das Thema LGBT* auch als Lehrthema an Hochschulen für soziale Berufe aufgenommen wurde, ob von den städtischen Angeboten auch Personen aus dem Münchner Umland profitieren, in welchem Maße Social-Media-Kanäle zur Kommunikation eingesetzt würden, wie die Vielfaltskompetenz neuer Mitarbeiter*innen ermittelt werden kann und wie das Thema LGBT* in den Jahresplanungsgesprächen bearbeitet wird sowie wie viele Einrichtungen inzwischen nach den LGBT*-Standards zertifiziert wurden. Sie bedankte sich zudem dafür, dass in der Evaluation auch das Schutzkonzept für das Waisenhaus aufgenommen wurde.

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) ergänzte, dass sie aus eigener beruflicher Erfahrung berichten könne, dass angesichts eines politischen Rechtsrucks in der Gesellschaft besonders bei diesem Thema noch viel zu tun sei. Die personelle Ausstattung im Referat sei derzeit zu schlecht.

Gabriele Nuß (Gleichstellungsstelle für Frauen) begrüßte die Leitlinienentwicklung und merkte an, dass noch viel Arbeit vor der Stadtpolitik liegen würde – beispielsweise beim Kampf gegen Gewalt an lesbischen Mädchen und Frauen.

Oscar Thomas-Olalde (Münchner Trichter) wies darauf hin, dass bei der Liste der spezialisierten Maßnahmen mit der Zielgruppe LGBTQI* die Maßnahme "Queer*Yourope", ein Empowerment-Projekt für queere PoCs in München, fehle. Thomas-Olalde merkte an, dass der Aspekt

der Intersektionalität in den Leitlinien noch zu schwach abgebildet sei und Nachbesserungsbedarf bestehe. Eine intersektionale Perspektive dürfe bei der Entwicklung von Standards nicht als ein Aspekt unter vielen betrachtet, sondern als Querschnittsmaterie gedacht und umgesetzt werden.

Für StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) sind die Leitlinien nur so gut, wie sie in der Praxis umgesetzt würden. Die Maßnahmen zur Implementierung von LGBT*-Leitlinien müssten in allen Referaten und in der Verwaltung umgesetzt werden.

Auf die Fragen von StRin Barbara Likus (SPD/Volt) antwortete der Vertreter des Sozialreferats. Zunächst wies er darauf hin, dass im Stadtjugendamt nur zwei Personen mit 0,5 VZÄ mit dem Thema befasst sind. Im Einzelnen antwortete er, dass das Thema LGBT* zwar als Lehrthema vorgesehen sei – dafür aber keine eigenen Mittel zur Verfügung stehen. Zudem erklärte er, dass die Angebote an der Stadtgrenze enden – es stehe aber jeder Person aus den umliegenden Landkreisen frei, daran teilzunehmen, eine Bewerbung erfolge nicht. Zum Thema Social-Media-Kanäle erklärte er, dass es keine eigenen Kapazitäten für diese Kommunikationsform gebe. Zur Vielfaltskompetenz wies er darauf hin, dass nicht nur die Mitarbeiter*innen der Jugendhilfe angesprochen werden, sondern alle 40.000 Kolleg*innen im städtischen Dienst. Gleichzeitig sei damit verbunden, dass das Thema auch in den Jahresplanungsgesprächen fest verankert ist. Von etwa 650 Einrichtungen seien derzeit 21 mit einem Zertifikat beim Thema LGBT* ausgestattet.

Nur Bekanntgabe

TOP 3 – Jungenarbeit als Bereich der Jugendarbeit in München aufbauen! und TOP 4 – Studie zu Lebenslagen und Bedarfen von Mädchen* und jungen Frauen* durchführen
vertagt

TOP 5 – Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, KJSG-Novellierung § 20 SGB VIII Betreuung und Versorgung eines Kindes in Notsituationen

Michaela Fischer (Caritas) lobte ausdrücklich den Prozess der Projektplanung. Dieses Vorgehen sollte beispielgebend für die Jugendhilfeplanung sein und ist eine Blaupause für künftige gemeinsame Planungsprozesse. Mit der Umsetzung des neuen Verfahrens zum Anspruch laut § 20 SGB VIII sei es nun gelungen, niedrigschwelligen Zugang für Angebote in Notsituationen zu schaffen.

Beschluss einstimmig angenommen

TOP 6 – Änderung des Adoptionshilfe-Gesetzes zum 01.04.2021 – zusätzlicher Personalbedarf

Ohne Aufruf einstimmig angenommen

TOP 7 – Anhebung der Förderleistung in der Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) freute sich über die geplante Anhebung der Förderung – hätte sich jedoch einen größeren Betrag dafür gewünscht.

Beschluss einstimmig angenommen

TOP 8 – Personal an Kindertageseinrichtungen finden, binden und gesund erhalten

Julia Sterzer (AWO) wies auf den Ergänzungsantrag der Wohlfahrtsverbände, des Münchner Trichters und des KJR hin (Das RBS solle prüfen, ob die vorgestellten Maßnahmen zur Personalgewinnung und -bindung auch bei den freien Träger Anwendung finden können und dort finanziert werden) hin. Die Situation städtischer und freier Träger ist ähnlich. Mit dem bestehenden Leistungs- und Verwaltungsbonus konnten Arbeitsplätze für Fachkräfte attraktiver gemacht werden – mit dem neuen Personalbonus im Rahmen der überarbeiteten Münchner Förderformel wird dies nicht mehr möglich sein. Die freien Träger fordern hier eine Gleichstellung in der finanziellen Mittel mit städtischen Einrichtungen.

Peter Scheifele (Stadtdirekt, Sozialreferat) bedankte sich für den Vorschlag und sicherte die Umsetzung zu.

Beschluss Ergänzungsantrag: einstimmig angenommen

Beschluss gesamt: einstimmig angenommen

TOP 9 – Flexible Trainingsklasse (FTK) und Flexible Trainingsgruppe (FTG)

Ohne Aufruf einstimmig angenommen

TOP 10 – Kinder- und Jugendstärkungsgesetz. Novellierung SGB VIII – Reform 2021 Stufenplan 2

Elisabeth Hagl (Münchner Trichter) fragte nach, ob es geplant sei, dass die Verfahrenslotsen den betroffenen Kindern und Jugendlichen auch Zugänge zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit vermitteln. Die Frage konnte aufgrund von Verständnisschwierigkeiten nicht abschließend geklärt und muss an anderer Stelle weiter besprochen werden.

Zusammengestellt von Marko Junghänel

GÖNN DIR MEDIENBILDUNG – STADTRATSHEARING MEDIENKOMPETENZ

Am 5. und 6. Oktober 2023 fand im Alten Rathaus das Stadtratshearing zur Medienkompetenz junger Menschen in München statt. Das Hearing verdeutlichte einerseits die Vielfalt an Herausforderungen, die die zunehmende Digitalisierung und Mediatisierung für ein gelingendes Heranwachsen bedeuten. Die bereits bestehenden Zugänge in den verschiedenen Bildungs- und Erziehungsfeldern sind entsprechend vielfältig. Gleichzeitig wurden Lücken deutlich sichtbar und auch, dass diese Zugänge konzeptionell und bildungsstrategisch teils wenig aufeinander bezogen sind.

Das Hearing geht auf eine bildungspolitische Diskussion im Rahmen des Sommerempfangs des Münchner Netzwerks Medienkompetenz Interaktiv zurück und wurde federführend vom Pädagogischen Institut koordiniert. Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss und Bildungsausschuss des Stadtrats beschlossen dessen Umsetzung auf Antrag der Fraktionen jeweils einstimmig. Alle Programmangebote, Vorträge und der Jugendtalk sind online unter www.medienbildung-muenchen.de/hearing-medienkompetenz dokumentiert und einsehbar.

Sebastian Ring, JFF

KUNST UND SPIEL FÜR ALLE

CultureClouds e.V. realisiert seit über 20 Jahren Kunst- und Spielprojekte mit jungen Menschen unabhängig von deren Herkunft, Nationalität, Religion, Kultur, Aufenthaltsstatus, Alter, Aussehen, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität und jenseits körperlicher, geistiger oder sprachlicher Beeinträchtigungen. Unterschiedlichkeiten und Vielfalt werden als Bereicherung im künstlerischen und gesellschaftlichen Sinn betrachtet. CultureClouds arbeitete mit einer 2/3 Projektkoordinationsstelle im Rahmen einer dreijährigen Projektphase an der Verwirklichung nachhaltiger Strukturen, um Inklusion und Diversität auf allen Ebenen und in allen Projekten umzusetzen. In einem ausführlichen [Beitrag](#) werden Erkenntnisse und Erfolge aus dieser Projektphase dargelegt.

Stephanie Riedle, CultureClouds e.V.

#DASISTMIRWICHTIG – DIE MONATLICHE FOTOAKTION DES KNIPSClub

In der Fotocommunity knipsclub gibt es jeden Monat ein neues Motto unter dem Hashtag #desMonats. Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren können ihr Bild einreichen und haben die Chance, am Ende des Monats als Gewinner*innen ausgewählt zu werden. Die Bilder der Preisträger*innen werden im Folgemonat auf der Startseite der Community-Website präsentiert. Im November ist die Perspektive der Kinder zum Hashtag #DasIstMirWichtig gefragt. Im Rahmen der knipsclub-Fotoaktion zum #TagderKinderseiten, der in diesem Jahr unter dem Motto "Kinderrechten auf der Spur" stattfindet, freuen wir uns besonders auf Fotos, die die Interessen und individuellen Perspektiven der Kinder zum Ausdruck bringen. Hier geht's zum [knipsclub](#).

JETZT BEWERBEN: DEUTSCHER KINDER- UND JUGENDPREIS

Ab sofort sind Bewerbungen für den Deutschen Kinder- und Jugendpreis des Deutschen Kinderhilfswerkes möglich. Mit der Auszeichnung werden Projekte gewürdigt, bei denen Kinder und Jugendliche beispielhaft an der Gestaltung ihrer Lebenswelt mitwirken. Der Preis ist mit insgesamt 30.000 Euro dotiert und damit der höchstdotierte bundesweite Preis für Kinder- und Jugendbeteiligung. Vergeben wird der Preis in den Kategorien Solidarisches Miteinander, Politisches Engagement sowie Kinder- und Jugendkultur. Die Erstplatzierten in jeder Kategorie erhalten ein Preisgeld in Höhe von 6.000 Euro. Außerdem wird es in jeder Kategorie eine lobende Erwähnung geben, die mit 3.000 Euro dotiert ist. Zusätzlich wird ein Projekt mit dem Europa-Park JUNIOR CLUB Award ausgezeichnet, der mit einem Preisgeld von 3.000 Euro gewürdigt wird. Die Preisverleihung findet am 07. Oktober 2024 im Europa-Park in Rust statt. Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2024.

Weitere Informationen sowie das Bewerbungsformular gibt es [hier](#)

NEUE HANDREICHUNG ZUM THEMA „QUEERE JUGENDMEDIENARBEIT“

Bisher gibt es nur wenige medienpädagogische Angebote, die speziell für queere Kinder und Jugendliche entwickelt wurden. Im Rahmen des Projekts "Que(e)r durch Berlin und Brandenburg" wurde eine Handreichung erstellt, die pädagogischen Fachkräften zeigt, wie sie Medienprojekte mit queeren Kindern und Jugendlichen durchführen können. Die Handreichung enthält nicht nur verschiedene Methoden, sondern benennt auch die damit verbundenen Herausforderungen. Sie richtet sich vor allem an Fachkräfte, die bereits mit queeren jungen Menschen arbeiten und niedrigschwellige medienpädagogische Projekte mit ihnen umsetzen möchten. [Hier die Handreichung herunterladen.](#)

VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: **Medienpädagogik gegen Hass im Netz Ergebnisse der Studie**
Wer: GMK und JFF
Wann: 06.12.2023, 16:00 – 17:30 Uhr
Wo: online
Kosten: kostenlos
Anmeldung: [hier](#)

Was: **Siebdruck in der pädagogischen Praxis**
Wer: Spiellandschaft Stadt e.V.
Wann: 09.12.2023, 10:00 – 17:00 Uhr
Wo: Aubinger Str. 57
Kosten: 40,00 €
Anmeldung: E-Mail an: Fortbildung@spiellandschaft.de

Was: **Online-Seminar Audioarbeit mit Kindern und Jugendlichen**
Wer: JFF
Wann: 11.12.2023, 11:00 – 12:30 Uhr
Wo: online
Kosten: kostenlos
Anmeldung: [hier](#)

Was: **Infoabend zum 14. Kurs der Berufsbegleitenden Weiterbildung Bildung für nachhaltige Entwicklung**
Wer: Naturerlebniszentrum Burg Schwaneck, KJR München-Land; Ökologische Akademie e.V.; Ökoprojekt MobilSpiel e.V.
Wann: Infoabend am 31.01.2024, 17:00 – 20:00 Uhr
Wo: online

Kosten: Infoabend kostenfrei
Anmeldung: E-Mail an a.schlehufer@kjr-ml.de

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 12.12.2023

Bericht vom KJHA vom 05.12.2023
Nachbericht Siegelverleihung „Offen für ALLE“

IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ

Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Marko Junghänel

Verantwortlich für die Inhalte

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt
Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Datenschutz

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.